



Herrn  
Omid Nouripour  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Matthias Machnig**

Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin  
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL +49 30 18615 76 41

FAX +49 30 18615 51 05

E-MAIL buero-st-m@bmwi.bund.de

DATUM Berlin, 15. Mai 2015

**Schriftliche Fragen an die Bundesregierung im Monat Mai 2015**  
**Frage Nr. 14**

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

seitens der Bundesregierung beantworte ich die Frage wie folgt:

**Frage:**

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus, dass sich unter den von Saudi-Arabien per Luftabwurf an Gegner der Houthi-Miliz gelieferten Waffen (vgl.: [www.bbc.com/news/world-middle-east-32180847](http://www.bbc.com/news/world-middle-east-32180847)) auch Produkte aus deutscher Lizenzproduktion befinden (ein Foto der Presseagentur epa aus dem Krisengebiet zeigt ein G3-Gewehr der Firma Heckler & Koch; [www.epa.eu/war-photos/armed-conflict-photos/saudi-planes-drop-weapons-to-yemeni-allies-fighting-houthi-rebels-photos-51873326](http://www.epa.eu/war-photos/armed-conflict-photos/saudi-planes-drop-weapons-to-yemeni-allies-fighting-houthi-rebels-photos-51873326)), und inwiefern hält sie es für möglich, als Konsequenz daraus, die Lizenz wegen Verstoß gegen die Endverbleibsklausel zurückzuziehen?

**Antwort:**

Der Bundesregierung liegen keine gesicherten Informationen zur Herkunft des auf dem Foto (unter [www.epa.eu/war-photos/armed-conflict-photos/saudi-planes-drop-weapons-to-yemeni-allies-fighting-houthi-rebels-photos-51873326](http://www.epa.eu/war-photos/armed-conflict-photos/saudi-planes-drop-weapons-to-yemeni-allies-fighting-houthi-rebels-photos-51873326)) gezeigten Gewehrs vor.

Grundsätzlich ist der Bundesregierung die generelle Problematik der Weitergabe von Kleinwaffen, die in Drittländern in Lizenz gefertigt wurden oder werden, bewusst. Sie hat daher bereits vor längerem entschieden, grundsätzlich keine Genehmigungen im Zu-

sammenhang mit dem Aufbau neuer Fertigungskapazitäten für die Herstellung von Kleinwaffen in Drittländern mehr zu erteilen. Ein „Zurückziehen“ von Lizenzen ist der Bundesregierung grundsätzlich nicht möglich, da es sich hier in der Regel um zwischen deutschen Unternehmen und ausländischen Lizenznehmern geschlossene privatrechtliche Verträge handelt, auf deren Bestand die Bundesregierung keine Einflussmöglichkeit hat.

Mit freundlichen Grüßen